

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Rieser,
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen.

Postkontos: Dresden 1538
Circulose Rieser Nr. 52.

Nr. 288.

Wittwoch, 10. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewerbe für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 4. mm breite, 4 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; vertrauliche und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife für die 4. mm breite Schriftzeile, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Zähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gostzeitstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Rieser.

Große Koalition oder Bürgerblock?

Berlin. Reichskanzler Dr. Marx ist nach Berlin zurückgekehrt und hat bereits mit dem Außenminister Dr. Stresemann die Besprechungen über die Frage der Regierungsbildung aufgenommen. Heute Mittwoch abend beschäftigt sich das Reichskabinett zum ersten Mal mit diesem Problem, das im gegenwärtigen Augenblick noch lebhaft unklar ist. Die Deutsche Volkspartei spricht sich ganz entschieden gegen eine Wiederherstellung der großen Koalition im Reich aus und läßt durch ihre offiziellen Organe schon jetzt die Tatsache feststellen, daß man sich unmöglich eine Hinzuziehung der Sozialdemokratie zur Regierung vorstellen kann, nachdem die Linke sich zu einem gesonderten Block zusammengeschlossen habe. In den Kreisen, die dem Reichskanzler nahestehen, scheint man diesen Standpunkt der Deutschen Volkspartei zunächst Rechnung tragen zu wollen, indem man darauf hinweist, daß die Bemühungen zur Wiederherstellung der großen Koalition nur zu wochenlangen ergebnislosen Verhandlungen führen würden. Es scheint, als ob die Sozialdemokratie selbst den Anstoß dazu geben will, vorläufig die Möglichkeiten einer Rückkehr der großen Koalition im Reich aus dem Bereich der Erwägungen zu entfernen, denn die sozialdemokratischen Führer erklären einmütig, daß die Deutsche Volkspartei durch ihr scharfes Auftreten gegen die Linke auf absehbare Zeit hinaus ein Zusammengehen mit ihr für die Sozialdemokratie ganz unmöglich gemacht habe.

Die deutliche Forderung auf Bildung einer Regierung des Bürgerblocks wird in den Kreisen der gegenwärtigen Regierungsparteien auffallenderweise sehr zurückhaltend beurteilt. Die völkische „Zeit“ äußert sich folgendermaßen: „Man weiß noch nicht, wie sich die Deutschnationalen verhalten werden, nachdem die Neuwahlen sie in ihrer bisherigen Position verhärtet haben. Vor der Auflösung des Reichstages waren sie im Bewußtsein ihrer schwierigen Lage zugänglich. In welcher inneren Verfassung sie heute sind, weiß man noch nicht. Zielt man von der erteilten Schwächung der Deutschnationalen und der Kommunisten ab, so hat man kaum Ursache, in dem Ergebnis der Reichstagswahl einen Fortschritt zu sehen, der uns dem Ziele eines regierungsfähigen Reichstages viel näher bringt.“ Diese Meinung der völkischen Blätter wird gegenwärtig in den politischen Kreisen sehr lebhaft kommentiert, da man darin die Andeutung völkischer Vorbehalte gegenüber der Bildung einer Regierung des Bürgerblocks erblickt. Man ist unsicher, ob man im ersten Augenblick angenommen habe, daß die Deutsche Volkspartei gerade auf Grund des Wahlergebnisses geneigt sein würde, die Frage der Hinzuziehung der Deutschnationalen zur Regierung äußerst optimistisch zu beurteilen. Ebenso auffallend ist es, daß das Zentrum, wie bereits berichtet worden ist, sich für die Bildung einer Bürgerblockregierung entscheiden will. Man hat daher unbedingt den Eindruck, daß die völkischen Führer nennend nicht allzu sehr davon begeistert sind, eine Rechtsorientierung der Reichspolitik herbeizuführen, die umso weniger zu verhindern ist, als die Demokraten in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung entschlossen sind, im Falle der Bildung einer Rechtskoalition in die Opposition zu gehen. Würde die neue Regierung allein von Deutscher Volkspartei, Zentrum und Deutschnationalen gebildet werden, so wäre die Deutsche Volkspartei mit ihren 50 Mandaten die stärkste Gruppe innerhalb der Regierung und müßte somit einen sehr wesentlichen Teil ihres Einflusses an die Deutschnationalen und an das Zentrum abtreten. In den politischen Kreisen geht heute das Gerücht, daß Dr. Stresemann gegenwärtig in der Bildung einer Bürgerblockregierung große Schwierigkeiten erblickt, zumal augenscheinlich die deutschnationale Partei entschlossen ist, auf der Einräumung eines maßgebenden Einflusses innerhalb der Reichsregierung zu bestehen und auch auf die Außenpolitik entscheidende Wirkungen auszuüben.

Vorläufig kein Rücktritt des Reichskabinetts.

Berlin. Wie wir hören, ist die Reichsregierung entschlossen, erst dann ihre Demission zu geben, wenn die Bildung eines neuen Reichskabinetts gesichert sein wird. Ursprünglich war in Aussicht genommen, daß der Rücktritt des Kabinetts noch im Laufe dieser Woche, und zwar am Sonnabend, erfolgen sollte. Außenminister Dr. Stresemann hat jedoch angesichts der kritischen außenpolitischen Lage sämtliche Minister und auch den Reichskanzler von der Notwendigkeit überzeugt, daß das gegenwärtige Kabinett solange voll aktionsfähig bleiben muß, bis die Bildung einer neuen Regierung ernsthaft in Aussicht genommen ist. Man kann daher mit der Tatsache rechnen, daß die Reichsregierung noch bis Anfang Januar im Amt bleiben wird.

Die Zahl der Reichstagsmandate

hat sich, wie wir bereits gestern meldeten, nach einer Revision des vorläufigen Ergebnisses dank der außerordentlich starken Wahlbeteiligung auf 493 erhöht. Der jetzige Reichstagsaal enthält aber bekanntlich nur 472 Sitze für die Abgeordneten. Schon nach der letzten Wahl im Mai, die eine Vermehrung der Mandate um 10 ergeben hatte, konnte neuer Weg für Sitze nur durch Beschränkung verschiedener Durchgänge im Sitzungssaal geschaffen werden.

Es wird aber wohl das letzte Mal sein, daß ein Reichstag mit dieser Mandatszahl gewählt wird. Wenn auch die Kammern in England und Frankreich eine weit größere

Anzahl von Mitgliedern aufweisen, so ist doch beim Deutschen Reichsparlament die Tendenz vorherrschend geworden, die Zahl der Abgeordneten zu beschränken. Der Reichstag des alten Regimes hatte eine fast fast nicht mehr als 397 Mitglieder, das geltende Reichsmandat hat aber die Bestimmung, daß auf je 60 000 Wahlstimmen ein Abgeordneter zu entsenden hat. Je stärker also die Wahlbeteiligung ist, desto höher steigt die Zahl der Abgeordneten. Sie betrug im letzten Reichstag 472 und steigt jetzt im neuen Reichstag auf 493. Die Frage ist schon finanziell wegen der Unwandelbarkeit von Bedeutung. Die Reichsregierung hatte bereits zur Vorlage an den vorigen Reichstag eine Wahlrechtsänderung vorbereitet, nach der wieder eine feste Zahl für die Abgeordnetenzahl vorgegeben war und zwar 399. Diese Zahl war errechnet auf der Grundlage einer etwa auf 80 Prozent zu bemessenden Wahlbeteiligung unter der Zugrundelegung, daß auf etwa 75- oder 80 000 Stimmen ein Abgeordneter entsenden sollte. Diese Vorlage ist infolge der Auflösung des Reichstages nicht mehr zur Erledigung gekommen, es ist aber anzunehmen, daß der neue Reichstag diese Frage in Angriff nimmt und die Zahl der Abgeordneten so beschränkt, wie es dem wirklichen Bedürfnis voll und ganz genügen dürfte.

Wo sind die völkischen Stimmen geblieben?

Die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung hat über eine Million Stimmen verloren. Die Deutschnationalen zusammen mit dem Landvolk, der diesmal in erheblicher weniger Zahlkreisen Sonderlisten aufgestellt hatte, haben einen Zuwachs von 200 000 Stimmen erhalten. Wo ist der Rest geblieben? Ganz genau lassen sich die Verflechtungen der Stimmen natürlich überhaupt nicht ausrechnen, und es kann auch der Bezug zu den Deutschnationalen zum Teil aus der Mitte hergekommen sein. Auffallend ist es aber doch, daß die Sozialdemokraten über den Verlust der Kommunisten hinaus etwa 700 000 Stimmen mehr erhalten haben, also gerade so viel, wie von dem Millionenverlust der Völkischen noch zu verrechnen wären. Darf man auch annehmen, daß der Sozialdemokratie durch die gegenwärtige Wirtschaftslage manche Wähler aus der Mitte zugeführt worden sind, so läßt sich doch die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß etliche Hunderttausende direkt von den Nationalsozialisten zu den Sozialisten über- und zurückgegangen sind. Das dürfte die Arbeiterkreise sein, welche die Nationalsozialisten nicht durch ihre völkische Einstellung, sondern durch ihre zwar sehr verworren aber höchst radikale Stellungnahme in den sozialen Fragen herüberlockt hatten. Die werden sich nun, einstimmig durch die praktische Bedeutungslosigkeit der Nationalsozialisten, wieder nach links gewandt haben. Es ist das ein neuer Beweis dafür, wie wenig eine so radikale Partei, selbst wenn sie auf der äußersten Rechten steht, für sich den Raum in Anspruch nehmen kann, größere Massen anzulocken und für die nationale Sache befehrt zu haben. Ueberhaupt haben ja die sozialen Fragen in diesem Wahlkampf eine mindestens so große Rolle gespielt wie die nationalen, so daß all die Rechnungen über die Zunahme von Schwarzrotgold einen großen Nutzen haben.

Um die dritte Steuernotverordnung.

Berlin. Als bald nach Verkündung der Dritten Steuernotverordnung hat das Reichsgericht ihre Rechtsgültigkeit eingehend geprüft und ausdrücklich festgestellt. Trotzdem ist die Verordnung auch noch in neuerer Zeit vielfach als ungültig bezeichnet worden; mehrfach sind Berichte über die Entscheidung des Reichsgerichts hinweggegangen und einzelne Mitglieder des höchsten Gerichtshofs selbst haben sich für ihre Verlor in Gegensatz zu der Auffassung des Reichsgerichts gestellt. Hierdurch sind in weiten Kreisen des Volkes Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Aufwertungsmaßnahmen wachgerufen. Nun kommt, daß in neuerer Zeit das Reichsgericht und das Kammergericht für einzelne Durchführungsbestimmungen, die zum Teil in untrennbarem Zusammenhang mit den Vorschriften der Dritten Steuernotverordnung stehen, in der Ermächtigung des § 64 dieser Verordnung keine ausreichende Rechtsgrundlage erblickt haben. Damit ist auf dem weiten Gebiete der Aufwertung eine Unsicherheit in der Beurteilung von Rechten und Pflichten eingetreten, die die Grundlage des Kreditbedroht und damit eine ernste Gefahr für die Gesamtwirtschaft, insbesondere die Erhaltung der Steuerkraft und der Währungschaft. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung, ohne die der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht möglich ist, sind bedroht.

Der Reichspräsident hat sich daher auf Vorschlag der Reichsregierung entschlossen, die Vorschriften der 3. Steuernotverordnung und der Durchführungsbestimmungen in eine gemäß Art. 48 der Reichsverfassung erlassene Rechtsverordnung zu übernehmen. Damit ist bis zu der bevorstehenden Regelung der Aufwertung im Wege der Gesetzgebung ein gesicherter Rechtszustand geschaffen. In Verbindung hiermit sind die Ausführungsbestimmungen der Dritten Steuernotverordnung und ihre Durchführungsbestimmungen bis zum 31. März 1925 verlängert worden.

Bundespräsident Dr. Hainisch wiedergewählt.

Wien. Die Bundesversammlung, bestehend aus dem Bundesrat und dem Nationalrat, hat gestern den Bundespräsidenten Dr. Michael Hainisch wiedergewählt.

Eröffnung des englischen Parlaments

London. An der feierlichen Eröffnung des Parlaments in Gegenwart des Königs und der Königin nahmen zahlreiche Adelleute mit ihren Frauen, die ihre Kronen trugen, teil. Das diplomatische Korps und viele andere ausländische Gäste mit ihren Frauen waren anwesend. Nach Beendigung der Zeremonie begab sich der König und die Königin zum Buckinghampalast zurück.

Nachdem iraten beide Häuser zu einer Sitzung zusammen. Im Unterhaus wurde der Vorschlag einer Koalitions-erklärung an den König eingebracht. Die Debatte darüber wurde sofort aufgenommen und wies das Haus während der nächsten Tage beschäftigt. Wie üblich, äußerte sich dazu der Führer der Opposition als erster. Es folgten Anreden von Lord Georges und des Ministerpräsidenten.

Macdonald sprach seine Genugtuung aus über die Teilnahme des Außenministers Chamberlain an der Völkerbundtagung in Rom und er betonte, daß es für die britische Regierung von größter Wichtigkeit sei, ihr Interesse für den Völkerbund zu bezeugen. Die Frage des Völkerbundes berücksichtigend meinte Macdonald, daß die Beziehungen mit den Dominions nicht zu weit hinausgeschoben werden sollten, da sie eine Verstärkung der Abkühlungskonferenz verursachen könnten. Er hoffte, daß man nicht wieder zum Zustand der Blindheit zwischen Staatengruppen zurückkehren möge, wie das vor dem Kriege der Fall war. Ein derartiges System könne nie den Frieden und die internationale Zusammenarbeit gewährleisten. Die Art der Behandlung der russischen Frage in der Thronrede bezeichnet Macdonald als sehr milde im Gegensatz zu den von seinen politischen Gegnern während der Wahlkampf über diese Frage gemachten Behauptungen. Die Lösung der englisch-russischen Verträge unterzog Macdonald einer energischen Kritik. Dann meinte der Redner, daß er nicht verhehle, wie die Regierung ihrer Politik Wirkung verstehen könne ohne Einführung der Lebensmittelpolitik. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Macdonald, daß Land habe bereits über die Tarifpolitik sein Urteil gefällt.

Die englische Thronrede.

London. In der Thronrede des Königs heißt es u. a.: Das britische Volk verlangt für die Erneuerung des Friedens die Wahrung für die britischen Lebensinteressen. Die Prüfung des mit den Dominions aufzunehmenden Sicherheitsvertrages hat begonnen. Die Regierung wünscht keine Unterbrechung des normalen Handelsverkehrs mit Rußland und erklärt, daß das Handelskommen von 1921 zur Förderung des gegenseitigen Handelsverkehrs Anwendung finden werde. Die Regierung erbittet weiter die Ratifizierung des Handelsvertrages mit Deutschland. Der Prinz von Wales wird im kommenden Jahre Südafrika und Argentinien besuchen. Der Hafen von Singapur soll ausgebaut werden. Dem Parlament werden Gesetzesvorschläge unterbreitet werden zur Ausdehnung der Vorzugsrechte auf die Produkte der Dominions. Inwieweit das Gesetz die Sicherung der Beschäftigung in den Industriellen, die nach sorgfältiger Prüfung einer solchen Ausnahmebehandlung bedürfen. Die Thronrede zeichnet die Grundlinien einer energiegelben Politik zur Lösung der Arbeitslosenfrage sowie zur Behebung der Wohnungsnot und der Teuerung.

Vorfestimmen zu dem Inhalte der englischen Thronrede.

London. (Funknachricht.) Die liberale Presse läßt scharfe Kritik an dem in der Thronrede enthaltenen Programm der konservativen Regierung. Im Daily Chronicle heißt es, in der inneren Politik habe die Regierung überhaupt kein Programm. Was die auswärtige Politik betreffe, so dürfe man fragen, ob Großbritannien ewig fortzuleben werde, die Schulden anderer zu bezahlen und auf die ihm selbst geschuldeten Gelder keinen Anspruch zu erheben. Die Aussichten einer Verschärfung der deutschen Konkurrenz seien vielleicht nicht einmal so groß, aber England müßte seine Hand frei haben. Daily News findet es grotesk-leuchtend, daß gleichzeitig mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit größter Sparmaßnahmen der Plan der Errichtung eines Fernverkehrsnetzes in Singapur angekündigt werde. Daily Herald bezeichnet die Politik der neuen Regierung als eine wesentlich negative. Verzicht auf den Krieg und Nichtwissen zum Frieden sei das Banner, unter dem England dienen solle. Daily Telegraph schreibt, die politischen Reden hätten gezeigt, daß der Inhalt der Thronrede der Regierung eine sehr sichere Stellung gebe. Ein klares Programm notwendiger nationaler Arbeiten sei vorgelegt worden. Morning Post erklärt, die Thronrede sei besonders dadurch bemerkenswert, daß sie eine durchaus klare und deutliche Darstellung des Standes der inneren und äußeren Angelegenheiten zusammen mit sachlichen nicht parteipolitisch beeinflussten Vorschlägen zur Behandlung der nationalen Interessen bringe. In der Times heißt, die konservative Regierung könne auf eine verhältnismäßig lange Amtsdauer rechnen.

Das neue mexikanische Kabinett.

Mexiko. (Funknachricht.) Der neue Präsident Calles hat sein Kabinett gebildet. Die auswärtigen Angelegenheiten hat Carlos Saenz und das Innere Alberto Pani übernommen. Industrie, Handel und Arbeit der Deputierte Morales, der Führer der Arbeiterpartei, der bei der kirchlich gemeldeten Schießerei in der Kammer verwundet wurde. Der Präsident leitete in Gegenwart einer Menschenmenge von 25 000 Verlenen den Eid.